

Schriftliche Kleine Anfrage

der Abgeordneten Roland Heintze und Birgit Stöver (CDU) vom 25.11.11

und Antwort des Senats

Betr.: Einnahmeausfälle für Hamburg durch Europäischen Emissionshandel?

Im Europäischen Emissionshandelssystem für Treibhausgas-Emissionen werden ab 2013 (sogenannte dritte Handelsperiode) vermehrt Emissionsrechte versteigert. In Deutschland werden die Erlöse aus diesen Versteigerungen nach derzeitiger Rechtslage alleine dem Bund und dem Energie- und Klimafonds, an dem wiederum die Länder nicht beteiligt sind, zugewiesen.

Aus den Mehrausgaben der Unternehmen resultieren Steuerausfälle für alle staatlichen Ebenen. Die für die Gebietskörperschaften zu erwartenden Steuerausfälle der Körperschaft- und Gewerbesteuer betragen nach einer Untersuchung des ZEW Mannheim bei einem Preis von*

- 15 Euro/t CO₂ für 2013 auf Bundesebene 284 Millionen Euro, auf Länderebene 341 Millionen Euro und für die Kommunen 429 Millionen Euro,
- 25 Euro/t CO₂ für 2013 auf Bundesebene 473 Millionen Euro, auf Länderebene 568 Millionen Euro und für die Kommunen 715 Millionen Euro,
- 30 Euro/t CO₂ für 2013 auf Bundesebene 567 Millionen Euro, auf Länderebene 682 Millionen Euro und für die Kommunen 858 Millionen Euro und
- 40 Euro/t CO₂ für 2013 auf Bundesebene 756 Millionen Euro, auf Länderebene 909 Millionen Euro und für die Kommunen 1.144 Millionen Euro.

Wir fragen deshalb den Senat:

1. *Teilt der Senat die Einschätzung, dass nach aktuellem Stand der Freien und Hansestadt Hamburg durch den Europäischen Emissionshandel ab 2013 Einnahmeausfälle drohen?*

Wenn nein, warum nicht?

Ja.

2. *Welche Einnahmeausfälle drohen Hamburg im Jahr 2013, wenn man die oben beschriebene Einteilung zugrunde legt?*

Nach einer groben Abschätzung entfallen auf Hamburg etwa 3 Prozent des Länder- und 4 Prozent des Gemeindeanteils. Bei Zugrundelegung der oben beschriebenen Einteilung würden sich somit im Jahr 2013 für den Hamburger Haushalt folgende Steuermindereinnahmen ergeben:

* http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Endbericht_Loesungsansaeetze_zur_Mittelverwendung_EU-ETS_22_03_2011-1.pdf

15 Euro/t CO₂: 27 Millionen Euro

25 Euro/t CO₂: 46 Millionen Euro

30 Euro/t CO₂: 55 Millionen Euro

40 Euro/t CO₂: 73 Millionen Euro.

3. *Gibt es im Senat Überlegungen, wie man dem Problem begegnen kann?*

Wenn nein, warum nicht?

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat sich wiederholt mit der Ländermehrheit (zum Beispiel im Rahmen des Bundesratsbeschlusses 88/11 zum Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Rechtsgrundlagen für die Fortentwicklung des Emissionshandels) für eine Beteiligung der Länder an den Erlösen aus dem Emissionshandel eingesetzt. Der Bund hat bisher keine Bereitschaft gezeigt, auf die Forderungen der Länder einzugehen. Hamburg wird sich weiter für eine angemessene Beteiligung der Länder einsetzen.